

Venezuela: Kolonialismus des 21. Jahrhunderts?

Von FERDINAND MUGGENTHALER

Anfang April veröffentlichte die »New York Times« eine detaillierte Recherche über den Entscheidungsprozess, der zum US-Angriff auf Iran führte. Der Bericht bestätigt, was Präsident Donald Trump auch öffentlich immer wieder anklingen lässt: Die Militäraktion gegen Venezuela hat ihn motiviert, den Krieg gegen die Islamische Republik zu beginnen. Venezuela galt ihm als Erfolgsmodell.¹

Aber worin besteht das »Modell Venezuela«? Seit der Entführung von Staatschef Nicolás Maduro und seiner Ehefrau Cilia Flores im Januar hat sich eine Art autoritäres *power-sharing* entwickelt. Nach einer Militäraktion ohne jegliche völkerrechtliche Grundlage² haben die USA unter Gewaltandrohungen erreicht, dass die Regierung in Caracas im Rekordtempo ihre Ölindustrie und den Bergbausektor für ausländische Investitionen, insbesondere aus den USA, öffnete. Im Gegenzug ließen die USA den repressiven Apparat Venezuelas intakt und die neue Präsidentin, Delcy Rodríguez, konnte ihre Macht mit Hilfe der alten Strukturen festigen.

Wesentlich war für Trump der Zugang zu Öl und anderen Rohstoffen. Das hat er von Anfang an offen ausgesprochen und dafür braucht er politische Stabilität, aber keine Demokratie. Er lobt regelmäßig die gute Beziehung zu Rodríguez und schwärmt von den Milliarden Öleinnahmen, die schon gemeinsam eingefahren

worden wären. Tatsächlich haben die USA die Sanktionen für den staatlichen Ölkonzern PDVSA gelockert, venezolanisches Öl darf wieder gehandelt werden. Nur Geschäfte mit Russland, Iran, Nordkorea, Kuba und chinesischen Unternehmen sind verboten. Die Einnahmen aus den Verkäufen fließen auf ein Konto beim US-Finanzministerium. Welcher Anteil davon mit welchen Vorgaben nach Venezuela gelangt, ist bisher nicht bekannt.

Gleichzeitig laufen die Planungen für ausländische Investitionen in den maroden Ölsektor Venezuelas auf Hochtouren. Die venezolanische Journalistin Luz Mely Reyes spottet deshalb: Während unter dem Präsidenten Hugo Chávez (1999-2013) linke Aktivist:innen aus aller Welt nach Venezuela pilgerten, geben sich jetzt potenzielle Investoren die Klinke in die Hand. Statt des Sozialismus des 21. Jahrhunderts, den Chávez ausgerufen hatte, drohe Venezuela jetzt zu einem Beispiel für einen »Kolonialismus des 21. Jahrhunderts« zu werden.³

Und tatsächlich empfängt Rodríguez, die ehemalige Stellvertreterin Maduros, seit Januar eine US-Delegation nach der anderen. CIA-Chef John Ratcliffe, Energieminister Chris Wright, der Chef des Südkommandos, General Francis Donovan, sowie Innenminister Doug Burgum waren schon da, aber auch diverse Wirtschaftsdelegationen.

FERDINAND MUGGEN-
THALER, geb. 1967 in
Fürth, ist seit 2023
»Blätter«-Redakteur.

1 J. Swan und M. Haberman, How Trump Took the U.S. to War With Iran, nytimes.com, 7.4.2026.

2 Vgl. Ferdinand Muggenthaler, Venezuela und der Don im Weißen Haus, in: »Blätter«, 2/2026, S. 45-51.

3 Luz Mely Reyes, Venezuela: ¿Colonialismo del siglo XXI?, elpais.com, 28.3.2026.

Angeichts der geänderten Gesetzeslage und des gestiegenen Ölpreises erwägen jetzt auch solche Unternehmen in Venezuela zu investieren, die zunächst skeptisch waren. In ersten Gesprächen mit Trump im Januar hatte der Chef von ExxonMobil Venezuela als »uninvestible«, als für Investitionen nicht geeignet, bezeichnet. Das scheint sich geändert zu haben: Im März schickte der Konzern eine Delegation in das Land, um die technischen Möglichkeiten eines Engagements dort zu prüfen. BP, Eni, Shell und Repsol -

obwohl sie ihr Amt denselben manipulierten Wahlen verdankt wie ihr Vorgänger Maduro.⁴ Am 14. April folgte die weitgehende Aufhebung der Sanktionen gegen die Zentralbank.

Mit dem Wohlwollen der USA im Rücken sitzen Delcy Rodríguez und ihr Bruder Jorge, der Parlamentspräsident, fest im Sattel. Die Präsidentin hat mittlerweile das halbe Kabinett ausgetauscht, ebenso wie die komplette Militärführung. Der Kabinettsumbau ist aber kein Zeichen einer demokratischen Öffnung. Sie steht eher für eine Umverteilung zwischen einflussreichen Familien: Maduros Verwandte werden jetzt von lukrativen Staatsaufträgen ausgeschlossen. Die Familie des Innenministers Diosdado Cabello, auf den die USA immer noch ein Kopfgeld ausgesetzt haben, wird dagegen für dessen Loyalität zu den Geschwistern Rodríguez belohnt: Cabellos Bruder und sein Cousin bleiben im Kabinett, seine Tochter stieg zur Tourismusministerin auf.

»Der Kabinettsumbau ist kein Zeichen demokratischer Öffnung.«

alles Firmen, die, anders als Exxon, keine Schadensersatzforderungen wegen früherer Enteignungen gegen Venezuela stellen - waren schneller: Sie haben schon im Februar von den USA Lizenzen für Aktivitäten in Venezuela erhalten. Mit dem am 9. April verabschiedeten neuen Bergbaugesetz hoffen die Regierungen der USA und Venezuelas auf einen ähnlichen Investitionsboom für den Abbau von Seltenen Erden und anderen Mineralien.

Materiell spielt der Irankrieg der venezolanischen Regierung in die Hände. Mit dem Ölpreis steigen die Verkaufserlöse, und obwohl diese von den USA verwaltet werden, fließt damit mehr Geld in die Staatskasse in Caracas. Die gelockerten Sanktionen und die Zusammenarbeit mit internationalen Ölkonzernen lassen zudem die Ölfördermenge anwachsen. Im März exportierte das Land erstmals seit September 2015 wieder mehr als eine Million Barrel pro Tag.

Politisch wird die venezolanische Regierung für die wirtschaftliche Öffnung belohnt. Anfang März erkannten die USA sie offiziell an. Anfang April hob dann Washington auch die persönlichen Sanktionen gegen die Interimspräsidentin auf,

Wahlen nicht in Sicht

Anders als Trump spricht US-Außenminister Marco Rubio ab und an davon, eine Demokratie in Venezuela anzustreben. Ende März erklärte er die erste Phase seines Dreipunkteplans - Stabilisierung, (wirtschaftliche) Erholung, (politische) Transition - für beendet. Dabei ließ er jedoch den Zeitpunkt für den angestrebten Übergang zur Demokratie offen.

Ohne die Unterstützung der USA ist die politische Opposition keine Bedrohung für die Geschwister Rodríguez. Ein Großteil des Bündnisses um Friedensnobelpreisträgerin María Corina Machado hat sich mit dem US-Plan abgefunden, den Regimewechsel auf die lange Bank zu schieben. Es gibt zwar einzelne Kundgebungen für die Freilassung der verbleibenden politischen Gefangenen und Gewerkschaftsproteste für die Anhebung

⁴ Rodríguez gilt offiziell als Interimspräsidentin mit der Begründung, Maduro sei nur vorübergehend verhindert, sein Amt auszuüben. Bei einer dauerhaften Abwesenheit müsste die Regierung laut venezolanischer Verfassung Neuwahlen ausrufen.

des Mindestlohns, aber eine Protestwelle, die Neuwahlen fordert, ist nicht in Sicht. Delcy Rodríguez wiederum schlägt deutlich konziliantere Töne als ihr Vorgänger an und spricht von nationaler Versöhnung. Die einzige substanzielle Lockerung der politischen Repression war bisher aber das Amnestiegesetz, das seit 20. Februar gilt. In der Folge entließ die venezolanische Justiz hunderte politische Gefangene und beendete tausende Verfahren. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Foro Penal sitzen aber weiterhin 477 politische Gefangene in venezolanischen Gefängnissen.⁵ Außerdem werden Verfahren gegen bereits amnestierte politische Aktivist:innen wieder aufgenommen. Und auf die Oppositionsführerin angesprochen, erklärte Parlamentspräsident Rodríguez, für Machado gelte das Amnestiegesetz nicht, da sie zu einer US-Intervention aufgerufen habe. Ein erstaunliches Argument für ein Regime, das so eng mit ebenjener Interventionsmacht zusammenarbeitet.

Auch wenn Trump sie weiterhin abblitzen lässt, ideologisch liegt Machado ganz auf der Linie seiner MAGA-Bewegung. In Venezuela dürfte sie aber vor allem deshalb populär sein, weil sie für einen klaren Bruch mit dem gescheiterten Chavismus steht. Eine linke Opposition ist in Venezuela dagegen kaum wahrnehmbar. Der venezolanische Soziologe Edgardo Lander beschreibt die Situation für eine kritische Linke so: »In Venezuela ist heute ganz klar, dass kein alternativer Vorschlag im Namen des Sozialismus gemacht werden kann. Der Begriff steht im kollektiven Bewusstsein für Autoritarismus, Unterdrückung und Korruption.«⁶ Bei einer demokratischen Wahl würde deshalb wohl kein Weg an Machado vorbeiführen. Nach einer Umfrage vom März erreicht sie im Land Zustimmungswerte von 53 Prozent, Delcy Rodríguez kommt nur auf 27 Prozent. Auch von Trump haben 48 Prozent der Venezolaner:innen

ein positives Bild – lediglich 27 Prozent sehen ihn in einem negativen Licht. Das sind Werte, die der US-Präsident in seinem eigenen Land längst nicht mehr erreicht.

Tatsächlich erscheint unter dem Eindruck des Irankriegs die Situation in Venezuela geradezu in rosigen Farben. Die hundert Toten bei Maduros Gefangennahme gerieten schnell in Vergessenheit und dem Land blieb bisher eine weitere Militärintervention oder ein Gewaltausbruch im Inneren erspart, weil seine Vizepräsidentin ohne zu zögern Maduros Machtapparat übernahm und sich den Bedingungen Washingtons unterwarf.

Kein stabiles Modell

Die Frage bleibt aber, wie lange die aktuelle Regierung ihren rhetorischen Drahtseilakt durchhalten kann. Auf der einen Seite verbreitet sie nach wie vor antiimperialistische Parolen und fordert die Rückkehr von Nicolás Maduro. In der Hauptstadt hängen große Plakate, auf denen das ehemalige Präsidentenpaar sowie die Hashtags #FreeMaduro und #FreeCilia zu sehen sind, und die neue Präsidentin initiierte eine »Pilgerreise gegen die Blockade« durch das Land, die am 1. Mai mit einer Kundgebung in Caracas enden soll. Auf der anderen Seite erfüllt Rodríguez klaglos die Forderungen des geschmähten »Imperiums«.

Für die meisten Venezolaner:innen sind diese ideologischen Verrenkungen allerdings zweitrangig, solange Aussicht auf eine Verbesserung ihrer Lebensumstände besteht. Nach einer aktuellen Umfrage⁷ hat sich für die meisten Venezolaner:innen die persönliche Situation noch nicht verändert, aber 85 Prozent haben die Hoffnung, dass sich ihre Lage im nächsten Jahr verbessert. Diese hoffnungsvolle Stimmung könnte indes bald kippen, wenn der wirtschaftliche Aufschwung ausbleibt. Im Moment beträgt der Mindestlohn umgerechnet lächerlich

5 ForoPenal.com, Stand: 20.4.2026.

6 Gespräch mit dem Autor, 14.2.2026.

7 A Country Between Hope and Distrust: What Venezuela's Latest Poll Reveals About Its Transition Moment, iqlatino.org, 28.3.2026.

che 0,29 Dollar - im Monat. Für die Grundversorgung einer Familie gelten aber rund 700 Dollar als unabdingbar. Viele Staatsangestellte halten sich deshalb nur mit den regelmäßigen Sonderzahlungen, Nebenjobs und mit der Unterstützung von Verwandten im Ausland über Wasser.

Nach Jahren des Verfalls der Infrastruktur, der Vetternwirtschaft und Unterversorgung muss man den Venezolaner:innen wünschen, dass sich jetzt die ökonomische Lage entspannt, auch mit den wieder steigenden Öleinnahmen -

»Es ist tragisch, dass wieder nur der Rohstoffexport Venezuela wirtschaftlich retten soll.«

selbst wenn eine Demokratisierung auf sich warten lässt. Gleichzeitig ist aus mindestens drei Gründen tragisch, dass wieder nur der Rohstoffexport Venezuela wirtschaftlich retten soll. Erstens: Ein vor allem auf Öl ausgerichtetes Modell ist in Zeiten der fortschreitenden Klimakrise anachronistisch und ebenso wie der rücksichtslose Rohstoffabbau im Amazonasgebiet eine ökologische Katastrophe.

Zweitens: Das Land bleibt damit weiter extrem abhängig von den schwankenden Weltmarktpreisen für Rohstoffe. Ob die USA oder China als Hauptabnehmer auftreten, ist dabei zweitrangig.⁸

Drittens: Länder, die hauptsächlich von Rohstoffrenten abhängen, neigen zu autoritären Regimen. Eines der wenigen Länder, die diesem Ressourcenfluch entkommen konnte, ist Norwegen, das aber nie derart abhängig von seinem Öl war wie Venezuela.

Deshalb müssten die venezolanischen Rohstoffeinnahmen wie in Norwegen in einen »Souveränitätsfonds« fließen, um mit seiner Hilfe auch in wirtschaftliche Alternativen zur extraktiven

Wirtschaft zu investieren, fordert der venezolanische Ökonom und zeitweise Industrieminister unter Chávez, Víctor Álvarez. Solche Ideen spielen aber derzeit kaum eine Rolle, und so warnt Álvarez, sein Land sei auf dem besten Weg, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen: Während hoher Ölpreise herrscht eine »rentistische Besoffenheit« und ein korrupter Staat erkaufte sich politisches Wohlergehen. Nach dem Boom erwacht das Land mit einem umso größeren »Kater«.⁹

All diese Überlegungen sind für Trump selbstverständlich irrelevant. Für ihn scheint sein Kalkül hier, anders als in Iran, aufzugehen. Das »Modell Venezuela« funktioniert, allerdings bloß vorläufig und nur, weil das Land schon lange eng mit den USA verflochten ist. Selbst der charismatische Präsident Chávez, der 2004 mit viel Pathos den antiimperialistischen Charakter seiner bolivarianischen Revolution verkündete, konnte seine Vision eines völlig von den USA unabhängigen Venezuelas nie verwirklichen. Er und sein Nachfolger Maduro finanzierten ihre Sozialprogramme vor allem aus Ölverkäufen an den vorgeblichen Erzfeind. Der staatliche Ölkonzern PDVSA betrieb über die Tochterfirma CITGO sogar eines der größten Tankstellennetze in den USA. Das änderte sich erst, als Trump in seiner ersten Amtszeit 2019 Sanktionen gegen den Ölsektor verhängte. Aufgrund dieser historisch gewachsenen Verflechtungen ist das Vorgehen in Venezuela nicht übertragbar. Aus demselben Grund ist die Entwicklung in dem Land mit den größten nachgewiesenen Erdölreserven der Welt wohl auch kein Anzeichen für einen sich herausbildenden »Kolonialismus des 21. Jahrhunderts«. Was sich derzeit in Venezuela beobachten lässt, ist eher eine sehr spezifische autoritäre Machtteilung, bei der die USA den Rohstoffexport kontrollieren und die Eliten um Rodríguez mit ihren klientelistischen Netzwerken die nationale Politik dominieren. ◻

8 Vgl. Ulrich Brand, Lateinamerika in der Rohstofffalle, in »Blätter«, 2/2015, S. 33-36.

9 Víctor Álvarez, Venezuela de las cuentas tuteladas a los fondos soberanos, youtube.com, 12.3.2026.